

Hauptseminar zur Neueren Geschichte  
Sommersemester 1994

Sommer-

Titel des Hauptseminars:  
„Öffentliche Gewalt und bürgerliche Öffentlichkeit im deutschen Vormärz“

Leiter des Hauptseminars:  
Prof. Dr. Haan

**Thema der Arbeit:**  
**Nichtbürgerliche Öffentlichkeit**

Verfasser:  
Clemens Fritz  
Ahornstr. 23

93080 Pentling

# Gliederung

## I. Einleitung

4

1. Grundfragen des Themas, Zusammenhang mit dem Seminar und Forschungsstand 4

2. Anmerkungen zur Quellenlage  
6

3. Gliederung der Arbeit  
7

## II. Allgemeiner Teil

7

1. Differenzierung, Lage und Ziele der Trägerschichten 7

a) Bauern

7

b) ländliche Schichten ohne Bauernstatus

8

c) Handwerker

9

- Meister

10

- Gesellen

11

d) Arbeiter

12

## 2. Nichtbürgerliche Öffentlichkeit und ihre Formen 13

a) Allgemeines

13

b) Formen

14

- Lieder

14

- Brot- und Versorgungskrawalle

15

- Charivari

16

- zünftische Formen

17

- Straßenbesetzung

17

## 3. Übernommene Formen bürgerlicher Öffentlichkeit 18

a) Petitionen

19

b) Vereine

19

- Konventikel

20

d) Kongresse

21

e) Zeitungen

21

## III. Darstellung eines Beispiels für nichtbürgerliche Öffentlichkeit

### 22

#### 1. Die Entwicklung der Arbeiterverbrüderung 22

## 2. Die „Verbrüderung“

24

a) Allgemeines

24

b) Auszüge aus der „Verbrüderung“

25

## **IV. Weiterführende Überlegungen**

27

## **V. Quellen- und Literaturverzeichnis**

29

1. Verwendete Quellen

29

2. Verwendete Literatur

29

# I. Einleitung:

## 1. Grundfragen des Themas, Zusammenhang mit dem Seminar und Forschungsstand

*„Noch vor acht Tagen verhielt sich der größte Teil unserer Bevölkerung in Betreff politischer und sozialer Fragen ganz indifferent, jetzt interessiert sich Alles für die Tagesfragen, und es ist etwas ganz Gewöhnliches, Männer aus der untersten Klasse des Volkes, ja selbst Frauen über politische und soziale Fragen so klare und gesunde Ansichten entwickeln zu hören, als wenn sie darüber jahrelange Studien gemacht hätten.“<sup>1</sup>*

Dieses Zitat aus einer sehr stürmischen Periode deutscher Geschichte soll belegen, wie überrascht die bürgerliche Öffentlichkeit zur Kenntnis nahm, daß auch nichtbürgerliche Schichten<sup>2</sup> wohlüberlegte politische Meinungen haben konnten und auch imstande waren, diese öffentlich zu äußern und zu diskutieren. Diese Überraschung hängt sehr eng mit dem exklusiven Bewußtsein bürgerlicher Schichten zusammen, das sich allein für befähigt hielt, politische Fragen diskutieren und entscheiden zu können. Öffentlichkeit wurde als etwas spezifisch bürgerliches angesehen und war daher ein stark trennendes Element in der Gesellschaft des Vormärz. Nur der gebildete Bürger und der gebildete Adlige waren „berechtigt“ ihre Meinungen in den Salons, Lesegesellschaften und Vereinen auszutauschen. Alle anderen hatten sich den „vernünftigen“ Meinungen zu beugen und waren von der Diskussion ausgeschlossen. Nicht relevant dabei war, daß diese bürgerliche Öffentlichkeit im Vormärz noch keine durchschlagende Wirkung hatte, weil der Monarch / der Staat in dieser Zeit noch eindeutig das Übergewicht gegenüber der Gesellschaft besaß.

Erst in der Revolution von 1848/49 scheint die Erkenntnis, daß auch die nichtbürgerliche Öffentlichkeit eine Komponente der Gesamtöffentlichkeit ist, erstmals in das Bewußtsein bürgerlicher Schichten eingedrungen zu sein.<sup>3</sup> Dabei geriet nichtbürgerliche Öffentlichkeit nur dann in das Blickfeld des Bürgertums, wenn sie sich Formen bürgerlicher Öffentlichkeit wie z. B. Kongresse und Petitionen bediente. Alle nichtbürgerlichen Formen öffentlicher Meinungsäußerung und Meinungsbildung wurden nicht als solche erkannt. Vielmehr wurden sie als pöbelhaftes Aufbegehren gegen den „vernünftigen“ Staat abgewertet. Versorgungskrawalle und dergleichen galten weiterhin als ordnungswidrige Taten des Pöbels, die es so schnell als

---

<sup>1</sup> Aus dem Leitartikel der Breslauer Zeitung vom 23. 08. 1848; zitiert in Siemann, Protestbewegungen, S. 320.

<sup>2</sup> Die Bezeichnung Unterschichten und plebejische Schicht wurde soweit als möglich vermieden, damit nicht allein schon durch die Wahl des Begriffes das Untersuchungsobjekt präjudiziert wird. Aus diesem Grund wurde auch der in der Forschung manchmal verwendete Begriff einer plebejischen Gegenöffentlichkeit durch den neutraleren Begriff einer nichtbürgerlichen Öffentlichkeit ersetzt.

Als nichtbürgerlich werden hier alle Personen und Schichten verstanden, die hinsichtlich ihres Einkommens, Ansehens etc. „unterhalb“ des Bildungs, bzw. Industriebürgertums stehen. Damit wird auch das alte Stadtbürgertum miteingeschlossen, das zunehmend an wirtschaftlicher Potenz und politischer Durchsetzungskraft verlor.

<sup>3</sup> Mit dem Begriff der Gesamtöffentlichkeit möchte ich bürgerliche und nichtbürgerliche Öffentlichkeit zusammenfassen, die beide, wenn auch mit unterschiedlichen Positionen und Trägerschichten, im Vormärz dem Staat gegenüberstehen.

möglich zu unterdrücken galt. Dies ist besonders deutlich am Beispiel der bayerischen Bierkrawalle.<sup>4</sup>

Ich möchte hier die These vertreten, daß es eine nichtbürgerliche Öffentlichkeit lange vor 1848 gegeben hat. Diese wurde aber aufgrund von Überheblichkeit und Unverständnis gegenüber den konstituierenden Elementen nichtbürgerlicher Öffentlichkeit von den Zeitgenossen nicht wahrgenommen, hatte jedoch, meiner Meinung nach, durchaus einen Anteil an der Meinungsbildung der Gesamtöffentlichkeit.

Darüber hinaus möchte ich zeigen, daß in der Zeit des Vormärz ein Wandel innerhalb der nichtbürgerlichen Öffentlichkeit erfolgte. Spezifische Formen nichtbürgerlicher Öffentlichkeit wurden mehr und mehr kriminalisiert und verdrängt. Nur noch die bürgerlichen Formen von Öffentlichkeit und Öffentlichkeitsbildung wurden als legitim angesehen. Dadurch wurden auch Nichtbürgerliche dazu gezwungen, sich solcher Formen zu bedienen, wenn sie sich Gehör verschaffen wollten. Nichtbürgerliche Öffentlichkeit wurde also gleichsam in ein bürgerliches Korsett gezwängt und dadurch zu einem kalkulierbaren und kontrollierbaren Faktor gemacht. Nur in der Form des Streiks erhielt sich bis in die heutige Zeit ein spezifisches Element nichtbürgerlicher Öffentlichkeit und diese hatte es bekanntlich auch entsprechend schwer, sich als legitime Aktionsform durchzusetzen.

In ihrem Bemühen, nichtbürgerliche Öffentlichkeit zu verstehen, zwängte das Bürgertum deren Aktionsformen ihre eigenen Vorstellungen auf. So wird denn z. B. im Danziger Dampfboot von einem Bildungsbürger geschildert, wie eine Katzenmusik auszusehen habe. Auffällig dabei ist der stete Hinweis darauf, daß alles in größter Ordnung vor sich zu gehen habe und daß die gesungenen Spottlieder nur Wahrheiten enthalten dürften.<sup>5</sup>

Der Zusammenhang mit dem Seminar wird dadurch hergestellt, daß der Untersuchung verschiedener Arten bürgerlicher Öffentlichkeit eine Untersuchung einer Form von Öffentlichkeit gegenübergestellt wird, die der bürgerlichen Öffentlichkeit kontrastierend gegenübersteht. Dadurch ergibt sich ein neuer und interessanter Blickwinkel von dem aus bürgerliche Öffentlichkeit betrachtet werden kann. Darüberhinaus ist das Thema „Nichtbürgerliche Öffentlichkeit“ aber auch für sich allein gesehen interessant, weil es einen Teil der Gesamtöffentlichkeit des Vormärz konstituiert, ohne den die Betrachtung der Öffentlichkeit dieser Zeit unvollständig und einseitig wäre.

Die Untersuchung nichtbürgerlicher Öffentlichkeit wurde in der bisherigen Forschung eher vernachlässigt. Es fehlt vor allem an Werken, die einen theoretischen Überbau für derartige Forschungen liefern würden. Auch heute noch werden die Formen nichtbürgerlicher Öffentlichkeit eher als ordnungsstörende Tumulte denn als konstitutive Elemente von Öffentlichkeit angesehen. Bezeichnenderweise ist die Forschung deshalb auch nicht über die Bildung von

---

<sup>4</sup> vgl. Blessing, Theuerungsexcesse, S. 374.

<sup>5</sup> Danziger Dampfboot Nr. 96 vom 10. 08. 1848; zitiert in: Gailus, Straße und Brot, S. 145.

Klassifikationskriterien für „Soziale Proteste“, so der in der Forschung benützte Terminus, hinausgekommen. In diesem Bereich haben sich vor allem Charles Tilly mit seinem Aufsatz Hauptformen kollektiver Aktion in Mitteleuropa und Heinrich Volkmann mit seinem Aufsatz Kategorien des sozialen Protests im Vormärz hervorgetan.

Ansonsten gibt es viele detaillierte Regionalstudien, deren theoretischer Teil und überregionale Bezugsherstellung aber meist recht dürftig ist. Hervorheben möchte ich dabei die Aufsätze von Bernd Parisius „Daß die liebe alte Vorzeit wo möglich wieder hergestellt werde“ und Werner Blessing ‘Theuerungsexcesse’ im vorrevolutionären Kontext.

Einen guten Überblick über den aktuellen Forschungsstand über die Revolution von 1848/49 bietet der Aufsatz von Dieter Langewiesche Die deutsche Revolution von 1848. Dabei werden auch interessante Hinweise für die Forschung über nichtbürgerliche Schichten gegeben.

Als letztes wäre das Werk Straße und Brot von Manfred Gailus zu nennen, das alle Vorzüge einer Regionalstudie besitzt, es jedoch auch versteht, die dargestellten Ereignisse in einen größeren theoretischen und überregionalen Rahmen einzubetten.

Meiner Meinung nach beschäftigt man sich bisher deswegen noch nicht intensiv mit nichtbürgerlicher Öffentlichkeit, weil die Quellenlage sehr ungünstig ist, man den Begriff Öffentlichkeit den nichtbürgerlichen Trägerschichten nicht zuordnen wollte und weil die Bildung nichtbürgerlicher Öffentlichkeit, zumindest insoweit sie sich ihr spezifischer Formen bediente, meist lokal und nur von kurzer Dauer war.

## **2. Quellenlage**

Nichtbürgerliche Öffentlichkeit hinterließ, in den für sie typischen Formen, keine eigenständigen schriftlichen Zeugnisse. Statt dessen findet man nur Fremdzeugnisse in Form von Polizei- und Gerichtsakten, Berichten in Firmenarchiven und Regierungsberichten, die diese von außen her darstellen, was natürlich die objektive Betrachtungsweise sehr erschwert.

Das kennzeichnende Element nichtbürgerlicher Öffentlichkeit ist gerade die gemeinsam durchgeführte Tat, die auf eine Öffentlichkeit konstituierende Debatte folgte. Man wandte sich dabei direkt an die Person, die diese Gravamina sinnbildlich verkörperte oder zumindest zu verkörpern schien, z. B. der lokale Repräsentant der Ordnungsgewalt, und nahm nicht Zuflucht zu schriftlichen Petitionen und dergleichen.

Erst mit der Übernahme bürgerlicher Formen von Öffentlichkeit erhalten wir direkte Zeugnisse, die auch in großer Zahl vorliegen. So sind z. B. Vereinsinterna wie Mitgliederlisten, Vereinsprotokolle und Vereinsstatuten überliefert, daneben auch Publikationen von Vereinen und Kongressen, Kongreßprotokolle, -beschlüsse, -adressen etc. Darüberhinaus finden wir Petitionen, die frühsozialistische Literatur und vereinzelte persönliche Aufzeichnungen.

Für diese Arbeit zog ich vor allem die Quellensammlung von Dieter Dowe und Toni Offermann Deutsche Handwerker- und Arbeiterkongresse sowie die Quellensammlung von Horst Schlechte Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung heran. Als Hauptquelle verwendete ich die von Rolf Weber neu herausgegebene Zeitung Die Verbrüderung.

### **3. Gliederung der Arbeit**

In einem allgemeinem Teil werde ich zunächst die Trägerschichten nichtbürgerlicher Öffentlichkeit herausarbeiten und ihre respektive Lage und Ziele im deutschen Vormärz herausstellen. Dadurch soll ein Bewußtsein dafür geschaffen werden, daß es in diesen Schichten viele verschiedene Interessenspositionen gab, die auch miteinander konkurrierten, was sich auch in öffentlichen Aktionen niederschlug.

Danach soll nichtbürgerliche Öffentlichkeit in einigen für sie spezifischen Formen dargestellt werden und es soll dokumentiert werden, woher diese Formen stammen und welchen Sinn sie hatten. Als nächstes folgt dann die Darstellung bürgerlicher Öffentlichkeitsformen, die im Laufe des Vormärz immer mehr von nichtbürgerlichen Schichten übernommen wurden.

In einem speziellen Teil der Arbeit werde ich dann kurz die Entwicklung der Arbeiterverbrüderung darstellen und mich intensiver mit Aussagen Nichtbürgerlicher in der von diesem Verein herausgegebenen Zeitung „Die Verbrüderung“ beschäftigen. Dies soll belegen, wie geschickt Nichtbürgerliche am Ende des Vormärzes mit Formen bürgerlicher Öffentlichkeit umzugehen verstanden.

Zum Schluß soll dann in einigen weiterführenden Gedanken versucht werden, einen Bezug zur Gegenwart herzustellen.

## **II. Allgemeiner Teil**

### **1. Differenzierung, Lage und Ziele der Trägerschichten**

Die nichtbürgerlichen Schichten bilden selbstverständlich keine Einheit was ihre Lage und ihre Ziele angeht. Vielmehr gilt es, genau zwischen den einzelnen Interessengruppen zu differenzieren, um einem Verständnis nichtbürgerlicher Öffentlichkeit näherzukommen. Erst dadurch wird verständlich, warum spezifische Forderungen aufgestellt wurden und weshalb sie in einer spezifischen Weise durchgeführt wurden.

#### **a) Bauern:**

Die unterschiedliche Ausgangslage der Bauern in den verschiedenen Territorien Deutschlands im Vormärz machte die Ziele bäuerlicher Gruppen sehr uneinheitlich. Grundsätzlich ging es um die Aufhebung der Feudallasten und den Erwerb des Eigentums an den Grundstücken auf denen sie lebten und arbeiteten. Da dieser Prozeß in den verschiedenen Teilen Deutschlands unterschiedlich weit fortgeschritten war, handelten die Bauern in der Revolution von 1848/49 auch auf unterschiedliche Weise. In den süddeutschen Territorien, im Odenwald und in Schlesien kam es in dieser Zeit zu zahlreichen Konflikten, da hier die feudalen Strukturen noch stark waren. Relativ konfliktarm hingegen waren hingegen die altpreußischen Provinzen, in denen der Entfeudalisierungsprozeß schon sehr weit vorangeschritten war. So lag der Anteil

der Bauernunruhen an allen Protesten in Preußen in den Jahren 1847-49 nur bei 4,66%, während er im Deutschen Bund insgesamt bei 9,08% lag.<sup>6</sup>

Diese Aktionen waren vornehmlich auf den März des Jahres 1848 konzentriert, es ist jedoch unrichtig, den Bauern vorzuwerfen, sie hätten sich egoistischerweise zu früh aus der Revolution zurückgezogen, als man im Frankfurter Parlament die Aufhebung aller Feudallasten beschloß. Es ist zwar richtig, daß die Zahl der Proteste auf dem Dorf danach in erheblicher Weise absinkt, aber dafür wandte man sich in vermehrtem Maße anderen Mitteln der Interessenspolitik zu. Dabei sind vor allem Petitionen, Volksversammlungen und -feste sowie politische Vereine zu nennen. In manchen Gebieten verschob sich sogar der zahlenmäßige Schwerpunkt der demokratischen Vereine in dieser Zeit von der Stadt auf das Land.<sup>7</sup>

Wie wichtig für die Bauern die Freiheit von Pressionen war, kann man auch daran erkennen, daß sie den Begriff der Preßfreiheit (= Pressefreiheit) als eine Freiheit von Pressionen umdeuteten und daher glaubten, berechtigt zu sein, z. B. wieder in den Wäldern ihr Holz holen zu dürfen. Aus dem Odenwald wurden deshalb für die Zeit nach Verkündung der Preßfreiheit eine starke Zunahme der Felddiebstähle gemeldet.<sup>8</sup> Diese Umdeutung von unverständlichen Begriffen auf ihre aktuelle Lebenssituation ist ein typisches Element des gegenseitigen Unverständnisses von bürgerlicher und nichtbürgerlicher Kultur.

Bemerkenswert an der Lage der Bauern ist, daß es sich hier um Aktionen potentieller oder tatsächlicher Eigentümer handelte. Daher traten sie auch als Ordnungsmacht gegenüber den ärmeren ländlichen Schichten auf, sobald sie ihre Ziele erreicht hatten, von denen Gleichheit keines war.

### **b) ländliche Schichten ohne Bauernstatus:**

Die Ziele dieser Schichten unterschieden sich in mancher Hinsicht von den Zielen der Bauern. Sie beteiligten sich zwar am bäuerlichen Widerstand gegen die Gutsherren in Schlesien, die Feudallasten lasteten auf ihnen sehr schwer, aber wenn einmal diese Freiheit erreicht war, trat meist ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ihnen und den Bauern auf. Dieser Gegensatz lag darin begründet, daß die Bauern durch ihre „Befreiung“ viele materielle Vorteile erreicht hatten, während sich die Lage der ärmeren ländlichen Schichten kaum besserte. Dabei war das Konfliktpotential umso höher, je weiter der Konzentrationsprozeß des Bodens vorangeschritten war. Vor allem in Gegenden, in denen die Feudallasten nur noch sehr schwach ausgeprägt waren, bzw. nicht mehr vorhanden waren, traten diese Konflikte offen zutage. Im Süden und Südwesten des Deutschen Bundes hingegen überwog, aufgrund der verzögerten Agrarreform, die klassische Konfliktlinie zwischen Gemeinde und Grundherr die Konfliktlinie zwischen Arm und Reich.

---

<sup>6</sup> Die Zahlen sind entnommen aus: Gailus, Straße und Brot, S. 114.

<sup>7</sup> vgl. Langewiesche, Revolution, S. 413.

<sup>8</sup> vgl. Wirtz, Logik, S. 86.

Diese Schichten forderten vor allem höhere Löhne, eine niedrigere Pacht für Gärten, Holznutzungsrechte und ein Einwanderungsverbot für fremde Arbeiter.<sup>9</sup> Auch die Gleichberechtigung im Dorfverband war ein wichtiges Ziel, das jedoch nicht erreicht werden konnte. Im allgemeinen waren es die Bauern die aus der Revolution von 1848/49 Gewinn zogen, während die ärmeren ländlichen Schichten zumeist leer ausging.

Offene kollektive Formen des Aufbegehrens gegen die dörfliche Hierarchie war aufgrund der enggeknüpften personalen Beziehungen und der paternalistischen Einbindung in den Dorfverband für diese mit großen Schwierigkeiten verbunden.

### **c) Handwerker:**

Der Vormärz war für den Stand der Handwerker im allgemeinen eine Zeit des laufenden sozialen und wirtschaftlichen Abstiegs. Die Gründe dafür waren wohl die sich ankündigende industrielle Revolution in Deutschland und die weithin schlechte Konjunkturlage in diesen Jahren. Probleme struktureller Art ergaben sich aus der viel zu großen Anzahl von Kleinbetrieben, die nicht über ausreichendes Kapital verfügten, aus dem hohen Bevölkerungsdruck dieser Jahre, wobei überproportional viele Menschen einen Handwerksberuf als Lebensgrundlage angestrebten, und das Fehlen von Kleinbanken, die an kleine Betriebe Kredite hätten vergeben können.<sup>10</sup>

Von den Handwerkern selbst wurden zudem die Aufhebung der Zunftzwänge und der Abbau ihrer Privilegien als Ursachen des Abstiegs angesehen. Maschinen wurden von der Handwerkerschaft insgesamt als Zerstörer der alten Ordnung angesehen und wurden daher für den gesellschaftlichen und materiellen Abstieg des Handwerks mitverantwortlich gemacht. So kam es mancherorts auch zu Maschinenstürmen, bei denen in Fabriken eingedrungen wurde und die „ungerechten“ Maschinen zerstört wurden. Diese Bewegung erreichte jedoch niemals das Ausmaß des englischen Luddismus.

Es wurden überregionale und sogar überzünftische Handwerkerbewegungen gegründet, um diesem Prozeß entgegenzuwirken. Offensichtlich besaß man kein Vertrauen zu Staat und Bürgertum. Man wollte die eigenen Interessen auch selbst vertreten und Kaufleute und Fabrikanten hatten zwar Zutritt zu den Versammlungen, waren jedoch ohne Stimmrecht.<sup>11</sup>

Der Liberalismus wurde dementsprechend mißtrauisch beäugt und natürlich auch das Bildungsbürgertum, das als Söldnertruppe der Industrie galt. Zudem hatte man im Frankreich nach der Julirevolution ein eindrückliches Beispiel dafür, was passieren würde, wenn die Bourgeoisie die Macht im Staat erlangen würde.

Hamerows Urteil, daß die deutschen Handwerker die deutsche Revolution von 1848/49 deswegen nicht weiter unterstützt hätten, weil das Frankfurter Parlament die Gewerbefreiheit einzuführen bereit war, greift aber viel zu kurz, weil es nicht zwischen den einzelnen Interes-

---

<sup>9</sup> vgl. z. B. die Petition Minsener (Ghzm Oldenburg) Landarbeiter in: Parisius, Vorzeit, S. 202.

<sup>10</sup> Bergmann, Handwerk, S. 324.

<sup>11</sup> vgl. Lipp, Handwerksvereine, S. 349.

sengruppen innerhalb der Handwerkerschaft differenziert.<sup>12</sup> Aus der Tatsache, daß die deutschen Monarchen die Entwicklung des Liberalismus wenn schon nicht unterstützten so doch zumindest zuließen, leitet er ab, daß innerhalb der Handwerkerschaft ein Loyalitätsschwund gegenüber dem Monarchen auftrat.<sup>13</sup> Auch diese Einschätzung erscheint mir, zumal in der dargestellten Art und Weise, nicht restlos überzeugend.

Unbestreitbar ist wohl, daß ein großer Teil der Handwerkerschaft den Sozialismus ablehnte, weil dieser den Arbeiter auf dieselbe Stufe wie den Handwerker stellte und den Sieg der Fabrik über das handwerkliche Produktionssystem bereits voraussetzte.

### Meister:

Gemäß preußischen Gewerbesteuerangaben zählten 80-90% aller Handwerker zum proletaroiden Kleinmeistertum mit höchstens einem Gesellen.<sup>14</sup> In den demokratischen Vereinen waren sie zahlreich vertreten, wenn auch die besserverdienenden Meister meist in konservative Vereine eintraten. Bergmann vertritt die These, daß viele Handwerker sich nicht darüber im klaren waren, daß die demokratischen Vereine, in denen sie Mitglieder waren, auch für die Abschaffung aller Privilegien von Zünften, Meistern und Gesellen eintraten.<sup>15</sup> Dies dürfte jedoch sehr schwer zu verifizieren bzw. zu falsifizieren sein.

Allgemein kann man behaupten, daß die Meister liberalen Ideen gegenüber feindlicher gegenüberstanden als die Gesellen. Insbesondere die Frankfurter Handwerksmeister waren entschieden antiliberal und Protektion und Privilegienerhaltung wurde besonders von unmittelbar vom sozialen Abstieg bedrohten Meistern wie den Schneidern gefordert.<sup>16</sup>

Die Allein- und Kleinmeister, viele von ihnen waren ehemalige Gesellen, die sich nach der Aufhebung des Zunftzwanges, die in einigen Gebieten des Deutschen Bundes schon vor 1848 erfolgte, in eine Meisterstelle flüchteten, um wirtschaftlich überleben zu können, bildeten in ihrer sozialen Stellung ein Zwischenschicht. Sie waren oft von Verlegern abhängig und entwickelten eigene, meist konservative Vorstellungen.<sup>17</sup> Am anderen Ende der Sozialskala standen die Meister, die von der Industrialisierung in Form von Zulieferbetrieben profitierten und daher ein starkes eigenes Interesse an freier Lohnarbeit hatten.

Zwischen Meistern und Gesellen kam es zum Gegensatz, da beide Gruppen unterschiedliche Ziele verfolgten. Da die Meister viel mehr Privilegien zu verlieren hatten, als die Gesellen, traten sie auch stärker für den Erhalt derselben ein. Andererseits standen die Gesellen, die aufgrund der schlechten Konjunkturlage im Vormärz schon vielerorts gezwungen waren, in Fabriken zu arbeiten, den demokratischen und sozialistischen Ideen der Zeit sehr viel näher. Hier konnten sich nämlich dauerhafte Kontakte zwischen Gesellen und Arbeitern bilden, was vielfältige Auswirkungen hatte.

---

<sup>12</sup> Hamerow, Movement, S. 152.

<sup>13</sup> Hamerow, Movement, S. 143.

<sup>14</sup> vgl. Bergmann, Handwerk, S. 329.

<sup>15</sup> Bergmann, Handwerk, S. 342.

<sup>16</sup> Ahn, Handwerkstradition und Klassenbildung, S. 149f.

<sup>17</sup> Ahn, Handwerkstradition und Klassenbildung, S. 260f.

In Frankfurt war die Trennlinie zwischen Meistern und Gesellen besonders ausgeprägt, was wohl auf die starke zünftische Tradition dieser Stadt zurückzuführen ist und sich in der respektiven Mitgliedschaft in konservativen bzw. demokratischen Vereinen niederschlug. Die Trennlinie zwischen Meistern und Gesellen wurde dann für jedermann offensichtlich, als sich die Gesellen vom Frankfurter Handwerker- und Gewerkekongreß (14. 07. - 18. 08. 1848) zurückzogen und einen eigenen Kongreß formten. Dieser nannte sich Arbeiter- und Gesellenkongreß, was ein wichtiges Indiz für die im vorhergehenden Absatz festgestellte Annäherung von Gesellen und Arbeitern im Vormärz ist.

### Gesellen:

Im Vormärz erfolgte eine Neuorientierung des Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, das sich von einem paternalistisch-zünftischem Verhältnis in ein kapitalistisches Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer wandelte. Es erfolgte eine Abschwächung der hausrechtlichen Abhängigkeit der Gesellen und die Gesellen wurden auch zunehmend marktabhängiger, da sie nicht mehr in die Familie des Meisters integriert waren und für ihr Essen und ihre Unterkunft selbst aufzukommen hatten.

Es wurde zunehmend schwerer für die Gesellen, zum Meister emporzusteigen, was natürlich großen Unmut hervorrief.<sup>18</sup> Die Gesellen forderten durchweg eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, z. B. weniger Arbeitszeit und höheren Lohn, größere Selbstbestimmungsrechte innerhalb der Zunft, z. B. Mitverwaltung der Gesellenkassen und ein Verbot der Beschäftigung nichtzünftiger Arbeiter, und eine Verbesserung ihrer Rechtsposition, z. B. Kündigungsbestimmungen, Abschaffung von Leibstrafen und Heiratsrecht, falls sie nicht ohnehin für die vollständige Gewerbefreiheit eintraten.

Häufig kam es auch zu Konflikten zwischen den alten Gesellenvereinigungen und den neuen Arbeiterbildungsvereinen des Vormärz. Die Gesellen setzten jenen entschiedenen Widerstand entgegen und prügeln Abweichler. Dabei ist zu beachten, daß die Arbeiterbildungsvereine von Bürgern geleitet wurden, die unter anderem auch für die Gewerbefreiheit eintraten.<sup>19</sup>

Die Gesellen waren durch die lange Einbindung in die Zunftordnungen in ihrem Verhalten vorgeprägt und organisatorisch erfahren, was auch den überraschend schnellen Aufbau von Arbeiterorganisationen, bei denen die Gesellen eine herausragende Rolle spielten, ermöglichte.<sup>20</sup> Insbesondere waren dabei wohl die zünftigen Gesellenvereinigungen, die Gesellenkassen und die berufsspezifischen Kommunikationsformen wie Gesellenwanderung und -herbergen als Vorbilder wichtig. Dadurch wurde es erheblich leichter, kollektive Interessen erkennen und durchsetzen zu können. Es lassen sich jedoch keine starken, direkten Traditionslinien zwischen den Arbeiter- und Gesellenbewegungen der Jahre 1848-50 und dem endgültigen Beginn der Arbeiterbewegung Anfang der 1860er Jahre erkennen. Dazu war die vom Staat betriebene Unterdrückungspolitik zu stark.

---

<sup>18</sup> Bergmann, Handwerk, S. 326.

<sup>19</sup> Herzig, Vorstellungen, S. 312.

<sup>20</sup> Langewiesche, Revolution, S. 368.

#### **d) Arbeiter:**

Die Arbeiterschaft war im Vormärz noch keine starke sozial Gruppe, da sie erstens zahlenmäßig zu klein war und zweitens der Aufbau einer Organisation aufgrund fehlender Traditionen und Kommunikationsmöglichkeiten sehr stark behindert war. Demgemäß kam es in den Revolutionsjahren auch nur in Berlin und Köln zu Arbeiterunruhen größeren Ausmaßes, da dort die Arbeiterschaft überproportional stark vertreten war.

Die rechtliche Stellung der Arbeiter war extrem unsicher, da es keine anerkannten Rechte für diese gab und es auch keine Organisationsformen gab, mit Hilfe welcher sich die Arbeiter untereinander oder mit ihren Arbeitgebern verständigen konnten. Es mußten sich erst in langen Konflikten neue Strukturen herausbilden, was dann auch langsam ab den 1860er Jahren geschah. Zum ersten Male wurde man sich dieses Problems bewußt, als die ersten deutschen Eisenbahnen von ganzen Heeren von Arbeitern gebaut wurden.

Forderungen der Arbeiter während der Revolution von 1848/49 waren z. B. eine kommunale Reform, die auf eine Pachtbarkeit von Gärten, Feldern und Weiden hinauslaufen sollte, eine beschränkte Arbeitsgarantie, die Garantie eines Mindestlohnes, das Verbot von Kinderarbeit und die Etablierung einer Kommission aus Fabrikanten und Arbeitern, die über die Berechtigung von Kündigungen entscheiden sollte.<sup>21</sup>

Auch von den Arbeitern wurden Maschinenstürme veranstaltet, da der Verlust von Arbeitsplätzen gefürchtet wurde. Außerdem war für die Bedienung von Maschinen eine wesentlich geringere Qualifikation nötig als für eine handwerkliche Arbeit, was sich dahingehend auswirkte, daß der Lohn gekürzt werden konnte oder Frauen und Kinder für diese Arbeit herangezogen werden konnten. Es gab jedoch auch „loyale“ Aktionen bei denen die Maschinen der eigenen Fabrik vor dem Ansturm fabrikfremder Arbeiter geschützt wurde. *„Wenn die Arbeiter nur einen kleinen Theil davon [d. h. von der Maschine] genossen hätten, ja, wenn sie nur schadlos dabei geblieben wären, dann würden nirgends Maschinen zerstört.“*<sup>22</sup> Dies zeigt, daß es in den Fabriken dieser Zeit noch eine starke Anhänglichkeit an den Fabrikbesitzer gab.

Es war sowohl manchen Arbeitern als auch manchen Gesellen bewußt, daß es ihnen nichts nützte, nur lokale Siege zu erringen. Nur eine gesamtdeutsche Regelung konnte den allgemeinen Mißständen abhelfen und die Errungenschaften auch dauerhaft sichern. Dazu aber mußten sie auch selbst politisch aktiv werden. Daß dies bekannt war, soll folgendes Zitat belegen: *„Man spricht den Arbeitern vor [...] sie sollten in ihren Vereinen sich um ihre Sonderinteressen beschäftigen, um die Verhältnisse, in welchen die Gesellen zu den Mitmenschen stehen, um Kost, Logis, Arbeitszeit; die Politik dagegen passe für den Arbeiterstand nicht. [...] Wenn der Arbeiter auch hier in Frankfurt höheren Lohn und bessere Arbeitszeit durch vereinigte Maßregel erlangt hat, wird er, wenn er nach einem Monate sich in Offenbach und Darmstadt Arbeit sucht, wieder mit der alten Noth zu kämpfen haben. [...] Der*

<sup>21</sup> aus einer Petition Iserlohner Arbeiter vom 25. 03. 1848; zitiert in: Herzig, Arbeiterbewegung, S. 272.

<sup>22</sup> aus einer Petition Altenaer Arbeiter an den Abgeordneten Harkort im Jahr 1848; zitiert in: Herzig, Wandel, S. 22.

*Arbeiter muß vor allem dahin streben, daß solche Staatseinrichtungen und solche Gesetze getroffen werden, welche der herrschenden Noth gründlich abhelfen, und die Wiederkehr derselben unmöglich machen.”<sup>23</sup>*

## **2. Nichtbürgerliche Öffentlichkeit und ihre Formen**

### **a) Allgemeines:**

Öffentlichkeit manifestiert sich stets dort, wo mehrere Personen gleichberechtigt über mögliche Gestaltungsformen der Gegenwart und der Zukunft sprechen. Das Spezifische nichtbürgerlicher Öffentlichkeit ist, daß hier stets ein starker lokaler und aktueller Bezug den Anlaß dafür gibt, Öffentlichkeit zu bilden. Erst eine aktuelle Notlage oder eine offensichtliche Ungerechtigkeit macht nichtbürgerliche Öffentlichkeit nötig, um dieser Notlage abzuweichen bzw. die Ungerechtigkeit ungeschehen zu machen. Daraus ergibt sich, daß nichtbürgerliche Öffentlichkeit stark lokal und zeitlich begrenzt ist, kaum an überregionalen Angelegenheiten interessiert ist und alles in Bezug auf das eigene, unmittelbare Leben hin bewertet, meist ohne den überregionalen und überzeitlichen Kontext der Erscheinung zu erfassen.

Die Obrigkeit wird dann in Frage gestellt, wenn es dieser offensichtlich nicht mehr möglich ist, gerechte, an den Gesetzen der moral economy orientierten Lebensbedingungen zu schaffen.<sup>24</sup> Dann sah man es auch als erlaubt an, sich eigenhändig Abhilfe zu schaffen, zumal vielerorts noch die Vorstellung bestand, daß der König ja stets gerecht sei und er nur von seinen „bösen“ Ratgebern in die Irre geführt werde.

Nichtbürgerliche Öffentlichkeit ist also keine Systemkritik, sondern vielmehr der Versuch, ein System, das man für korrumpiert hielt, wiederherzustellen. Man kämpfte ja nicht gegen den König, sondern im vielmehr für ihn, indem man seinen unfähigen Repräsentanten anprangerte. Nichtbürgerliche Öffentlichkeit war aber nicht unbedingt gegen den Repräsentanten öffentlicher Ordnung gerichtet sondern immer gegen den, der gegen den üblichen Verhaltenskodex verstoßen hatte. Diesen galt es zu maßregeln, um das Alte und Gute wieder herstellen zu können. Bei nichtbürgerlicher Öffentlichkeit geht es also immer um die Durchsetzung einer bestimmten Weltsicht, die der modernen Weltsicht von Kapitalismus und Rationalismus konträr gegenüberstand. Diese Weltsicht, in der die moral economy eine große Rolle spielt, entstammt einer westeuropäischen Volkskultur, die auf die Zustände des *ancien régime* und der begrenzten kapitalistischen Durchdringung der Dorfgemeinschaft zugeschnitten war. Als sich diese Grundvoraussetzungen änderten, vollzog sich der Wandel der Weltanschauung in den Oberschichten wesentlich schneller als in den Unterschichten, was zu großen Spannungen führte, da beide Bevölkerungsteile von verschiedenen Grundvoraussetzungen ausgingen.

---

<sup>23</sup> Allgemeine Arbeiter Zeitung vom 24. 05. 1848; zitiert in: Ahn, Handwerkstradition und Klassenbildung, S. 127f.

<sup>24</sup> Der Begriff „moral economy“ wurde von E. P. Thompson in die Forschung eingeführt. Er bezeichnet eine Weltsicht, die wohl in allen Gegenden Westeuropas einmal dominant war und die erst relativ spät, speziell in ländlichen Gebieten, von einer rationalistisch-kapitalistischen Weltsicht abgelöst wurde. Diese Weltsicht baute darauf auf, daß es in einer Gemeinschaft stets „gerecht“ zuzugehen habe. Dies bedeutet konkret, daß z. B. der Bäcker keine zu hohen Preise verlangen durfte, da sonst die Ernährungslage der Bevölkerung gefährdet war.

Im ancien regime hatte die Öffentlichkeit der Untertanen der repräsentativen Öffentlichkeit des absoluten Staates gegenübergestanden und war allorts als legitimes Mittel der Öffentlichkeitsbildung angesehen worden. Dies war möglich gewesen, da der absolute Staat noch kein absolutes Gewaltmonopol errichten hatte können und es somit Freiräume gegeben hatte, die eine Gegenöffentlichkeit zuließen und sie teilweise auch notwendig machte. Mit dem Aufkommen der liberalen Vorstellung von der allumfassenden Souveränität des Staates gerieten die Formen nichtbürgerlicher Öffentlichkeit allerdings zunehmend mit der Obrigkeit in Konflikt und wurden schließlich gänzlich unterdrückt.

### **b) Formen:**

Es gibt so viele verschiedene Formen nichtbürgerlicher Öffentlichkeit, daß hier auf keinen Fall ein Anspruch auf vollständige Aufzählung aller erhoben werden soll. Statt dessen soll nur eine kleine, aber durchaus repräsentative, Anzahl von Formen eingehender besprochen werden. Selbiges gilt dann auch für die Besprechung übernommener Formen bürgerlicher Öffentlichkeit im nächsten Unterpunkt.

#### **- Lieder:**

Lieder stellten einen wichtigen Teil nichtbürgerlicher Öffentlichkeit dar. Es wurden meist neue Texte zu bekannten Melodien gedichtet, in denen die Notlage der Bevölkerung eindringlich geschildert wurde. Lieder traten in Zusammenhang mit allen anderen Formen nichtbürgerlicher Öffentlichkeit auf, besonders bei den noch zu schildernden Versorgungskrawallen und den Charivaris.

Im Rahmen einer noch teilweise oralen Volkskultur waren Lieder sehr wichtig, um die Erinnerung an erlittenes Unrecht zu bewahren.<sup>25</sup> Eine weitere Funktion der Lieder war, daß man auf die elenden Zustände aufmerksam machte, sie also öffentlich machte. Darüber hinaus dienten sie auch als gruppenbildendes Mittel.

Das wohl bekannteste und bedeutendste Protestlied des Vormärz war das „Blutgericht“, das insgesamt 25 Strophen umfaßte. Es schildert die Not der Weber und die Brutalität der Fabrikanten. Reichtum und Armut werden in krassen Bildern einander gegenübergestellt. Maschinen hingegen und deren Einfluß auf den Prozeß der Verelendung werden überhaupt nicht erwähnt.<sup>26</sup>

#### **- Brot- und Versorgungskrawalle:**

Diese Art sozialen Protests bzw. nichtbürgerlicher Öffentlichkeit war ein häufig auftretendes Ereignis. Ausgehend von den Überzeugungen der moral economy nahm man an, daß die Ge-

---

<sup>25</sup> vgl. Herzig, Wandel, S. 15.

<sup>26</sup> Text in: Büttner, Weberaufstand, S. 22ff.

sellschaft die Pflicht habe, für eine gerechte Verteilung der lebensnotwendigen Güter zu sorgen habe. Wenn der Gesellschaft dies nicht gelang, mußte man zur Selbsthilfe greifen, um dem „ungerechten“ Zustand abzuweichen. Dabei existierte offenbar eine kritische Zone materieller Unterversorgung, die Aktionen unumgänglich erscheinen ließ.<sup>27</sup>

Vor allem in den Krisenjahren des Vormärz, in denen „alte“ Hunger- und Strukturkrisen neben den ersten Wirtschafts- und Konjunkturkrisen „neuen“ Stils auftraten, kam es zu Versorgungsengpässen. Da sich die Bevölkerung diese nicht erklären konnten, neigte sie dazu, die „Schuld“ an den schlechten Zeiten einzelnen, konkreten Personen zuzuschreiben, um dadurch das komplexe Geschehen faßbar und änderbar zu gestalten.<sup>28</sup>

Vor allem erzeugte es Unverständnis, wenn in Zeiten knapper Lebensmittelversorgung Getreide und ähnliche Dinge aus dem Dorf / der Kleinstadt gebracht wurden, um sie in den Großstädten, in denen man viel mehr Geld für seine Waren bekam, zu verkaufen. Vornehmlich in den Kleinstädten gab es dabei ein großes Konfliktpotential da hier verschiedene Faktoren zusammentrafen. Erstens waren die Vorstellungen der moral economy noch weitverbreitet und es gab zweitens ein durch Krieg, Säkularisation, Bevölkerungsdruck und Wirtschafts- und Strukturkrisen erzeugtes, zahlenmäßig großes Proletariat. Erst der Ausbau der Eisenbahnstrecken läßt diese Schichten in die Großstädte abfließen, woraufhin die Konflikthäufigkeit in diesen Kleinstädten stark abnimmt.<sup>29</sup>

Kam es zu einem „ungerechten“ Lebensmitteltransport in Notzeiten, so trat der Mechanismus der Bildung einer nichtbürgerlichen Öffentlichkeit in Kraft. Man versammelte sich in Wirtschaftshäusern und auf Plätzen und tauschte dann, in teilweise recht hitzigen Gesprächen, untereinander Meinungen aus. Wenn man zum Ergebnis kam, daß die Fortschaffung der Lebensmittel untragbar für die Versorgungssituation der Gemeinde war, dann verhinderte man den Transport gewaltsam. Die erbeuteten Lebensmittel wurden aber nicht einfach gestohlen. Der Händler wurde nur dazu verpflichtet, diese allein innerhalb der Gemeinde zu verkaufen.

Ein weiteres Phänomen des Vormärz, dessen Hintergründe von den Wenigsten durchschaut werden konnten, war die rapide Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel wie Brot und Bier auch in Zeiten guter Ernte.

Bäcker und Müller wurden, gemäß den Regeln der moral economy, als Menschen angesehen, die allein dem Allgemeinwohl dienen sollten und denen daher Profit „verboten“ war. Hatte man den Verdacht, sie würden sich an der Gesellschaft bereichern wollen, so wollte man sie dafür bestrafen.<sup>30</sup>

In Bayern nahm Bier im Vormärz eine beherrschende Stellung unter allen Getränken ein. In dieser Zeit stieg der Konsum dieses Getränks gewaltig an und der Staat schöpfte die Möglichkeit, dies zu besteuern rigoros aus. Die sogenannte Malzaufschlagssteuer machte sogar rund 50% der Gesamtsteuereinnahmen des Königreiches aus. Die hohe Besteuerung, die sich

<sup>27</sup> vgl. Kaschuba, Gesellenkampf, S. 393

<sup>28</sup> vgl. Husung, Protestforschung, S. 27.

<sup>29</sup> vgl. Blessing, Theuerungsexcesse, S. 364.

<sup>30</sup> vgl. Herzig, Wandel, S. 15.

durchsetzende Maschinerisierung der Brauereien und die harten staatlichen Auflagen auf das Brauen und Lagern von Bier, verteuerten das Bier immer mehr. Zudem wurden die Besitzer der neuen Brauereien sehr reich und machten den Fehler, dies auch ostentativ zur Schau zu stellen. Dadurch entstand ein großes Konfliktpotential, das sich in mehreren Tumulten entlud. Der Hauptschauplatz war München, aber von dort aus kam es zu einem landesweiten sich Ausbreiten dieser Proteste. Die Obrigkeit reagierte auf diese deutliche Meinungsäußerung nichtbürgerlicher Schichten mit hartem Durchgreifen, das auch von der Angst gesteuert war, daß sich diese Krawalle zu kollektiven Klassenkrawallen ausweiten könnten.<sup>31</sup>

Diese Form nichtbürgerlicher Öffentlichkeit hatte aber einen immer schwereren Stand und wurde im Laufe des Vormärz immer weiter kriminalisiert und marginalisiert. Die Gründe dafür sind von Werner Blessing vorzüglich im folgenden Satz zusammengefaßt: „In der großräumigen Ordnung des modernen Staates und des ausgreifenden Kapitalismus lief sich solch überkommene Selbsthilfe rasch an Staatsmacht und Marktprinzip, am Gewaltmonopol und einem steigenden Effizienzdruck fest, soweit ihnen nicht eine dichte Lokalsympathie einen gewissen Entfaltungsraum sicherte.“<sup>32</sup>

### - Charivari

Das Charivari, das im bayerischen Oberland als Haberfeldtreiben und in anderen Teilen Deutschlands als Katzenmusik bezeichnet wird, stammt aus dem Bereich dörflicher lediger Männergruppen und wurde durch die Wanderung von Tagelöhnern in die Stadt getragen.

Sein Ursinn geht dahin, daß einzelne Menschen einer Gemeinschaft, die gegen die Regeln der Gemeinschaft verstoßen haben, durch öffentliches Rügen dazu gezwungen werden sollen, sich wieder gemäß den Regeln der Gemeinschaft zu verhalten.

Es war in der Dorfgemeinschaft z. B. dann angewendet worden, wenn ein älterer Mann, der bereits Witwer war, eine junge Frau aus der Dorfgemeinschaft heiratete und dadurch den jungen Männern die Möglichkeit nahm, diese Frau zu ehelichen. Dies war im Kontext einer kleinen, nach außen hin stark abgeschlossenen Dorfgemeinschaft kein geringfügiges Vergehen gegen die Solidarität der Gemeinschaft, denn die Zahl der möglichen Heiratspartner war ohnehin gering und wurde durch ein solches Verhalten noch zusätzlich „unnötig“ verringert.

In größeren Gemeinschaften wie z. B. in Kleinstädten wurde unsoziales Verhalten wie z. B. Erhöhung der Verkaufspreise durch einen Händler, unnachgiebige Eintreibung von Schulden, öffentlich bekanntgewordener Ehebruch etc. derartig bestraft.

Typisch für diese Form war, daß sich die Teilnehmer bei Dunkelheit versammelten oder sich verkleideten, um nicht erkannt zu werden.<sup>33</sup> Aber selbst wenn die Teilnehmer erkannt wurden, so wurden sie nur in den seltensten Fällen der Behörde verraten, da auch im Vormärz ein Charivari teilweise noch als ein „Recht“ der geschädigten Gemeinschaft galt.<sup>34</sup>

<sup>31</sup> vgl. Blessing, Theuerungsexcesse, S. 374.

<sup>32</sup> Blessing, Theuerungsexcesse, S. 380.

<sup>33</sup> vgl. Kaschuba, Gesellenkampf, S. 402.

<sup>34</sup> vgl. Kaschuba und Lipp, Revolutionskultur, S. 149f.

Ein Charivari konnte viele verschiedene Formen annehmen, aber es gab auch einige notwendig konstituierende Elemente eines Charivaris, die ich im folgenden aufzählen möchte. War ein anerkanntermaßen unsoziales Verhalten bekanntgeworden, so versammelte man sich zu einer arbeitsfreien Stunde, vor dem Haus des „Übeltäters“ und machte Radau. Dieser konnte im Absingen obszöner Lieder, im Steinwurf auf Glasfenster, im Krachmachen mit verstimmten Musikinstrumenten und anderen Dingen bestehen. Dadurch sollte eindeutig und öffentlich demonstriert werden, daß man mit dem Verhalten der entsprechenden Person nicht einverstanden war und man eine Änderung erwartete. Manchmal eskalierten solche Aufzüge auch in lokale Tumulte, vor allem dann, wenn die Polizei eingriff.

Charivaris wurden auch in der Revolution von 1848 noch wirkungsvoll angewendet. Vor allem in der Gegend um Heilbronn kam es zum Rücktritt von unbeliebten Amtsträgern bzw. zur Zurücknahme unpopulärer Maßnahmen.<sup>35</sup>

### - zünftische Formen:

Die in Zünften organisierten Handwerker hatten einen ganz anderen Erfahrungshintergrund als die auf dem Land lebenden nichtbürgerlichen Schichten. Sie waren es schon seit längerem gewohnt, in kollektiver geordneter Aktion aufzutreten, um ihre Ziele durchzusetzen. Diese Aktionen standen den bürgerlichen Formen von Öffentlichkeit recht nahe, was auch auf den unmittelbareren Kontakt dieser Bevölkerungsgruppe mit dem neuen Industrie- und Bildungsbürgertum zurückzuführen ist. Durch diese wichtigen Vorerfahrungen konnte es den Handwerkern auch bereits am Ende des Vormärz gelingen, sich bürgerlicher Formen, wie z. B. überregionalen Kongressen und Vereinigungen zu bedienen, um ihre Ziele durchzusetzen. Wichtig dabei war auch, daß die zünftischen Formen der öffentlichen Meinungsbildung und der Durchsetzung dieser Meinung in der Öffentlichkeit anerkanntermaßen legal war.

Wichtige Formen zünftischer Öffentlichkeit waren z. B. die Verrufserklärung unsolider Meister durch die Gesellen, die zünftischen Zusammenkünfte und Streiks wie z. B. den erfolgreichen Streik hamburgischer Gesellen im Jahr 1791.

### - Straßenbesetzung:

Die Straßenbesetzung ist ein Phänomen der Revolution von 1848, das in seiner klarsten Form in Berlin auftrat. Es war eine vollkommen neue Form, bei der Bürgerliche und Nichtbürgerliche gemeinsam der Staatsgewalt gegenübertraten und durch die Vertreibung der Repräsentanten der Ordnung im Staat, nämlich der Polizei und des Heers, von den Straßen einen Raum schufen, der eine vielfältige öffentliche Revolutionskultur zuließ. Diese Straßenbesetzung artete aber weder in Anarchie aus noch war sie eine Pöbelherrschaft.<sup>36</sup>

Erster Ausdruck dieser Protestform war die öffentliche Mißachtung des Rauchverbots auf den Straßen. Seit den Märztagen des Jahres 1848 nahm man sich einfach dieses Recht und war

<sup>35</sup> vgl. Kaschuba, Gesellenkampf, S. 403.

<sup>36</sup> vgl. Gailus, Straße und Brot, S. 368.

nicht länger gewillt, sich kleinlichen Verordnungen zu beugen. Man wollte sich nicht länger von unverständlichen Geboten gängeln lassen und die Zurücknahme des Rauchverbots am 26. März war ein öffentliches Eingeständnis der Machtlosigkeit des Staatsapparates gegenüber der Straßenöffentlichkeit.<sup>37</sup>

Erst nachdem ein Zeughaussturm erfolglos verlaufen war, erstarkte die Reaktion, da ab diesem Zeitpunkt das Bürgertum sich immer mehr hinter die Hüter der Ordnung stellte und eigenständige Bürgerwehren aufstellte.

Der durch die Straßenbesetzung geschaffene Raum wurde für viele Charivaris, Proteste, Kundgebungen und ähnliche Öffentlichkeitsformen genutzt, die Bezüge zur großen Politik waren allerdings rar. Die Demokraten, die versuchten, ein Bündnis mit der Straßenöffentlichkeit einzugehen, scheiterten daher.<sup>38</sup>

Trotzdem möchte ich behaupten, daß die Zusammenarbeit nichtbürgerlicher und bürgerlicher Öffentlichkeit fruchtbar war. Der soziale Protest der Nichtbürger schaffte Freiheitsräume wie z. B. Presse- und Versammlungsfreiheit, die von den Bürgern genutzt werden konnten. So stellte das eine die Voraussetzung für das andere dar, wenn das Bürgertum es dann später auch vorzog, lieber ein Bündnis mit der Obrigkeit als eines mit den Nichtbürgerlichen einzugehen.

### **3. Übernommene Formen bürgerlicher Öffentlichkeit**

Um dem Kriminalisierungsdruck, der auf den Formen nichtbürgerlicher Öffentlichkeit lag, auszuweichen, bedienten sich auch Nichtbürgerliche in zunehmenden Maße spezifisch bürgerlicher Formen von Öffentlichkeit. Dieser Prozeß wurde auch dadurch beschleunigt, daß man erkannte, daß allein die Anwendung solcher Formen eine Aussicht auf erfolgreiche Durchsetzung der Ziele ermöglichte. Sie wurden hauptsächlich von Gruppen von Nichtbürgerlichen verwendet, die entweder bereits stark „verbürgerlicht“ waren, wie z. B. die Handwerker, oder von Gruppen, die erst durch die neuen Zeitumstände entstanden waren, wie z. B. den Arbeitern.

#### **a) Petitionen:**

Petitionen sind Eingaben bestimmter Bevölkerungsteile an die Obrigkeit, die sich im Staatsoberhaupt, in einer Behörde oder in einem Parlament manifestieren kann. Durch die Petition soll die Obrigkeit und die Öffentlichkeit von Mißständen in Kenntnis gesetzt werden und es sollen, wenn möglich, diese Mißstände beseitigt werden. Die Verwendung von Petitionen durch Nichtbürgerliche setzt voraus, daß sie sich darüber bewußt waren, daß eine Abhilfe durch lokale Maßnahmen nicht zu erreichen ist.

---

<sup>37</sup> vgl. Gailus, Straße und Brot, S. 360f.

<sup>38</sup> vgl. Langewiesche, Revolution, S. 409.

In frühen Formen wurde sie eingesetzt, um unliebsame und unfähige lokale Vertreter der Obrigkeit anzuprangern und um deren Absetzung zu bitten. Im Lauf des Vormärz wurden die Themen von Petitionen aber immer überregionaler und so kam es dazu, daß z. B. in einer Petition vom 21. 03. 1848, die von einer Gesellenvereinigung in Stuttgart ausging, das Wahlrecht für alle steuerpflichtigen Gesellen und Arbeiter gefordert wurde.<sup>39</sup>

Petitionen gingen in den meisten Fällen von Kongressen und Vereinen aus, auch um die Ansichten und Beschlüsse der Teilnehmer/Mitglieder an die Öffentlichkeit zu tragen.

### **b) Vereine:**

Vereine sind Zusammenschlüsse von Menschen, die die gleichen oder ähnliche Interessen verfolgen. Das Aufkommen des Vereinswesens steht in einem engen Zusammenhang mit der Dekorporierung der Gesellschaft, die im 18. und 19. Jhdt. erfolgte und die neue Formen der gemeinsamen Interessensvertretung nötig machte.

Auch Vereine sind etwas spezifisch bürgerliches und so wurden in den ersten Jahrzehnten des Vereinswesens auch nur Bürger und gebildete Adelige in Vereinen zugelassen. Bezeichnenderweise organisierten sich Nichtbürgerliche in Vereinen zunächst nur in der Form der Arbeiterbildungsvereine, die von Bürgern gegründet und geleitet wurden. Das Ziel dieser Vereine war es die nichtbürgerlichen Schichten durch Erziehung und Bildung glücklich zu machen und aus der materiellen Not zu reißen. Die Bürger behielten sich aber die Festlegung der Zielsetzung dieser Vereine selbst vor.

Die Gesellen bildeten hingegen schon recht früh eigenständige Vereine. Dabei ist aber zu Bedenken, daß bei diesen der Schritt von einer zünftischen Gesellenvereinigung zu einer außer- bzw. überzünftischen Vereinigung nicht so groß war wie, z. B. bei den Arbeitern, die sich erst einen solchen Erfahrungshintergrund aufbauen mußten. So kann man die Gründung der geselligen Vereinigung Vulkania durch die Arbeiter der Maschinenfabrik Esslingen am Ende des Jahres 1847 mit Recht als einen wichtigen Organisationsschritt interpretieren, der ein gewachsenes Gruppenbewußtsein demonstriert. Im April 1848 entstand dann der Bruderbund als die erste selbstständig politische Arbeiterorganisation. Das Emblem dieses Vereins waren zwei verschlungene Hände und es wurde ein allgemeines brüderliches „Du“ vorgeschrieben, das die Gleichheit aller Mitglieder betonen sollte. Er verstand sich explizit als nicht politisch und die Förderung der Bildung stand, wie bei den von den Bürgern geleiteten Arbeiterbildungsvereinen, im Vordergrund. Die Vorantreibung der Interessen der Arbeiter war aber auch ein Ziel des Vereins.<sup>40</sup>

Es gab auch Arbeitervereine, die über enge personale Verbindungen mit bürgerlichen Vereinen liiert waren und die dadurch von diesen gegängelt wurden. Dadurch versuchten die Bürger sich weiterhin Einfluß auf diese Vereine zu bewahren und reagierten bei der Radikalisierung dieser Vereine mit Entlassungen der Mitglieder aus ihren Fabriken.

---

<sup>39</sup> vgl. Kaschuba, Gesellenkampf, S. 395.

<sup>40</sup> vg. Kaschuba und Lipp, Revolutionskultur, S. 161f.

Die Gründung und die Wirkung des bedeutendsten Arbeitervereines, der Arbeiterverbrüderung, soll unter Punkt III.1 noch näher erläutert werden.

### - Konventikel:

Eine Sonderform des Vereinslebens waren die pietistischen Konventikel in den protestantischen deutschen Staaten, die private, religiöse Zusammenkünfte waren. Speziell auf dem Lande gab es auch viele Konventikel, die, außer dem Pfarrer, nur von Nichtbürgerlichen besucht wurden. Die Konventikel Minden Ravensbergs hat Josef Mooser in seinem Aufsatz Religion und sozialer Protest eingehend und vorzüglich untersucht und die nachfolgenden Aussagen stützen sich vornehmlich auf ihn.

Möglich waren diese Konventikel, da die neue Generation von pietistischen Pfarrern, die die Generation der aufgeklärten Pfarrer, die erheblich weniger „gläubig“ gewesen waren als ihre Gemeindemitglieder, ablösten, einen viel besseren Kontakt zu ihrer Gemeinde hatten, ja oft auch aus dieser stammten.<sup>41</sup>

In den Konventikeln kamen oft religiöse und strukturelle Probleme der ländlichen Gesellschaft zur Sprache. Dabei waren konservative Tendenzen und der Wunsch nach einem Schutz vor dem „ungerechten“ Kapitalismus vorherrschend, was die Großbauern und Kaufleute ins Zwielficht setzte. Dabei wollte man jedoch nicht auf gewaltsame Mittel zurückgreifen. Der offene Protest war auch durch die Vorstellung vom gerechten und christlichen König unmöglich.

Bei der gemeinsamen Besprechung der Bibel entdeckte man Prinzipien der Gleichheit, die den Nichtbürgerlichen Teilnehmern ein Bewußtsein von Eigenwert vermittelte. Man forderte, daß nun auch ihre Probleme Gehör finden sollten und daß sie bei der Lösung dieser ein Mitspracherecht haben sollten.<sup>42</sup> Zu diesem Zweck verfaßte man auch Petitionen, die an verschiedene Behörden und den jeweiligen Landesherrscher geschickt wurden.

Insgesamt erfaßten die Konventikel nur eine verschwindend geringe Minderheit der Bevölkerung, aber die Art und Weise des Zusammenschlusses war konkurrenzlos und trug sicherlich dazu bei Nichtbürgerliche, an bürgerliche Öffentlichkeitsformen zu gewöhnen.

### **c) Kongresse:**

Kongresse sind weit regional übergreifende Veranstaltungen, deren Ziel es ist, bestimmte Interessensgruppen innerhalb einer Gesellschaft zusammenzufassen, um über die Lage und Interessen dieser Bevölkerungsgruppe zu diskutieren. Dieses im Bürgertum bereits bekannte und erprobte Mittel machten sich in den späten 1840er Jahren auch Vereinigungen von Handwerkern und Arbeitern zu Nutze.

---

<sup>41</sup> vgl. Mooser, Religion, S. 314.

<sup>42</sup> vgl. Mooser, Religion, S. 318.

Eines der wichtigsten Beispiele ist wohl der Frankfurter Handwerker und Gewerkekongreß vom 14. 07. - 18. 08. 1848. Auf diesem versammelten sich die Handwerksmeister, um darüber zu beraten, wie den neuen Anforderungen, die an das Handwerk gestellt wurden, zu begegnen sei.

Ein solcher Kongreß war bis dahin vollkommen unüblich gewesen. Es bedurfte erst einer langwierigen Bewußtseinsbildung innerhalb der Handwerkerschaft, damit erkannt wurde, daß man den neuen Problemen nur durch einen deutschlandweiten Kongreß gegenüber treten konnte. Dazu mußte nicht nur der bis dahin überwiegend bedeutende lokale Rahmen gesprengt werden, sondern auch noch der zünftische Rahmen. Es galt, außergewöhnliche Krisen mit außergewöhnlichen Maßnahmen zu beantworten.

Aufgrund verschiedener Herkunft, verschiedenem Proletarisierungsgrad und Zukunftsaussichten, kamen viele verschiedene Lösungsvorschläge zur Sprache, deren beiden Pole die absolute Gewerbefreiheit und die vollständige Rückkehr zum Zunftsystem waren.

#### **d) Zeitungen:**

Es entstanden in der Revolution von 1848 viele Zeitungen, die von Nichtbürgerlichen und deren Vereinen herausgegeben wurden. Das Ziel dieser Zeitungen war es, die elenden Zustände des entstehenden Proletariats herauszustellen und durch die Öffentlichmachung diese Zustände unmöglich zu machen. Weiterhin dienten sie dazu, allen Menschen, die sich in der gleichen Lage befanden, ein gemeinsames Bewußtsein zu verschaffen und ihnen beim organisatorischen Zusammenschluß zu helfen. Dazu kam natürlich noch die Information über die hohe Politik.

Dementsprechend wurden auch die Aufgaben der „Verbrüderung“, einer der wichtigsten Gesellen- und Arbeiterzeitung dieser Zeit, wie folgt festgelegt: *„Sie wird nicht allein leitende Artikel über die allgemeine Arbeiterbewegung aller zivilisierten Völker enthalten, sondern auch hauptsächlich Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter sein und [...] deren Bestrebungen zusammenfassen und sie dem in den Beschlüssen des Berliner Kongresses vorgerückten Ziele entgegenführen.“*<sup>43</sup>

Die Entstehung solcher Zeitschriften setzte natürlich voraus, daß es bereits eine genügend große Anzahl von Nichtbürgerlichen gab, die des Lesens mächtig waren, die bereit waren, Zeitungen zu lesen und die auch zeitlich und finanziell die Möglichkeiten hatten, dies zu tun. Oft wurde daher auch einige Exemplar einer Zeitung von einem Verein bestellt und dann in diesem vorgelesen. Dementsprechend ist auch folgende Zeile aus der Verbrüderung zu lesen, die einem Bericht über die Gründung eines Arbeitervereins in Berkersdorf entnommen ist: *„Nach Beendigung der Wahl [eines Obmanns] fanden Vorlesungen der Verbrüderung statt, welche uns vortrefflich gefiel, und es wurde beschlossen, auch einige Exemplare im Verein zu lesen.“*<sup>44</sup>

Die Auflagenhöhe und der Leserkreis dieser Zeitungen ist schwer zu ermitteln bzw. zu schätzen. Zumindest für die „Verbrüderung“ hat Rolf Weber eine ungefähre Auflagenstärke von

<sup>43</sup> „Die Reform“ vom 24. 09. 1848 (Beilage); zitiert in: Becker, Arbeiterverbrüderung, S. 726.

<sup>44</sup> „Die Verbrüderung“ Nr. 55 vom 10. 04. 1849; diese und alle folgenden Zitate aus der Verbrüderung sind dem im Quellenverzeichnis angegebenen Neudruck dieser Zeitung entnommen.

1.000 Exemplaren für den April 1849 ermittelt.<sup>45</sup> All diese nichtbürgerlich-oppositionellen Zeitungen wurden aber dann im Laufe der Reaktion gezwungen, ihre Publizierung einzustellen.

### III. Darstellung eines Beispiels für nichtbürgerliche Öffentlichkeit

#### 1. Die Entwicklung der Arbeiterverbrüderung

Die Arbeiterverbrüderung war, zumindest dem Anspruch nach, die Zusammenfassung aller deutschen Arbeitervereine unter einer gemeinsamen Dachorganisation. Manchmal wird für sie in der Forschung auch der Name Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung (ADAV) gebraucht, der allerdings inkorrekt ist. Letztere Bezeichnung wurde erstmals von der preußischen Polizei und Justiz gebraucht und ist wohl von Frolinde Balsler in die Forschungsliteratur eingeführt worden.<sup>46</sup>

Am 29. 03. 1848 erfolgte die Bildung eines Zentral-Arbeiter Klubs unter maßgeblicher Beteiligung von Stephan Born, der später auch eine leitende Position bei der Herausgabe der Verbrüderung übernahm, und von Mitgliedern des Bundes der Kommunisten (BdK). Am 11. 04. 1848 benannte man sich in das Zentralkomitee für Arbeiter um. Da man sich auf dem Berliner Handwerkerkongreß vom 18. - 20. 06. 1848 schon nicht mehr eindeutig vertreten fühlte, plante man einen eigenen Arbeiterkongreß, der auch die ausländischen Arbeitervereine miteinbeziehen sollte.<sup>47</sup> Dieser Kongreß, der vom 23. 08. - 03. 09. 1848 in Berlin stattfand, faßte Beschlüsse, die aufzeigen wollten, wie das Wohlergehen des Staates im allgemeinen und das der Arbeiter im besonderen zu bewerkstelligen sei. Diese Beschlüsse umfaßten die Organisation der Arbeitervereine in Lokal- und Bezirkskomitees, die Selbsthilfe, die notwendigen Reformen durch den Staat, so z. B. die Forderung der Freizügigkeit, das Wahlrecht, das Bürgerrecht, die Aufhebung des Vermögensnachweises für die Heirat etc., die Volksbildung und Adressen des Kongresses an die Nationalversammlung in Frankfurt.<sup>48</sup>

Schon die Delegierten des Berliner Kongresses vom August 1848 gingen von einem möglichen, wenn auch nicht selbstverständlichen, Gegensatz zwischen Arbeitern und Staat aus. Dies kann z. B. dem Rundschreiben entnommen werden, daß dieser Kongreß am 18. 09. 1848 veröffentlichte. In diesem Rundschreiben erklärte man, daß ein Staat, der nicht dafür Sorge,

<sup>45</sup> vgl. Weber, Die Verbrüderung, S. XI.

<sup>46</sup> vgl. Langewiesche, Revolution, S. 367.

<sup>47</sup> zum ersten Teil des Satzes vgl. Becker, Arbeiterverbrüderung, S. 706.

<sup>48</sup> diese Beschlüsse sind abgedruckt in: Dowe und Offermann, Deutsche Handwerker und Arbeiterkongresse, S. 240-49.

daß es seinen wichtigsten Gliedern, eben den Arbeitern, einigermaßen gut gehe, von ebenjeden notfalls unter Einsatz ihres Lebens umgestaltet werden müsse.<sup>49</sup>

Die wichtigste Maßnahme, die von diesem Kongreß beschlossen wurde, war zweifellos die Gründung der Arbeiterverbrüderung und ihres Organes der „Verbrüderung“, deren Aufgaben bereits oben dargestellt wurden. Jeder der Arbeiterverbrüderung angehörige Verein wurde dazu verpflichtet, diese Zeitung zum Vereinsorgan zu machen und zu abonnieren.

Als Sitz des Zentralkomitees und der Redaktion der Verbrüderung wurden Leipzig gewählt, da die Verhältnisse in Berlin für solche Unternehmungen bereits zu unsicher waren. Außerdem gab es sehr viele Arbeitervereine in Sachsen und es bestand dort bereits auch eine sehr gute Organisation dieser. Obwohl die Bezeichnung Arbeiter auch sehr oft in den Quellen gebraucht wird, so bildeten doch die proletarisierten Gesellen und nicht die „reinen“ Arbeiter das Rückgrat der Arbeiterverbrüderung. Erst mit der wachsenden Radikalisierung der Vereinigung, die mit den zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen der Obrigkeit einherging, wurde der Anteil der Fabrikarbeiter relativ größer, da sich viele Vereine aus der Arbeiterverbrüderung ausklinkten, um sich vor einer Verfolgung zu schützen.

Dem Allgemeinheitsanspruch der Arbeiterverbrüderung stand die Existenz des bereits oben erwähnten Frankfurter Arbeiter- und Gesellenkongresses entgegen, der ebenfalls eine Vereinigung aller Arbeiter- und Gesellenvereine anstrebte. Auf einem gemeinsamen Kongreß in Heidelberg vom 28. und 29. 01. 1849 setzte sich die Arbeiterverbrüderung jedoch durch und verlebte sich die Vereine, die bisher in Frankfurt ihre Zentrale gesehen hatten, gleichsam ein. Mit dazu beigetragen hatte sicherlich die Erkenntnis, daß nicht von der Frankfurter Nationalversammlung, sondern allein von einer selbstständigen Organisation der Gesellen und Arbeiter Ansätze zu positiven Veränderungen zu erwarten waren.<sup>50</sup>

Die Leipziger Generalversammlung der Arbeiterverbrüderung vom 20. - 26. 02. 1850 beschloß neue Grundstatuten, in denen die Änderung der Politischen Positionen und die Radikalisierung der verbliebenen Vereine und Mitglieder klar ersichtlich ist.<sup>51</sup>

Es bildeten sich sogar erste Ansätze einer internationalen Klassensolidarität. So wurde z. B. bereits im März 1849 den streikenden Zigarrenarbeitern Londons von den hamburger Tabakarbeitern Streikhilfe geleistet. Auch gab es einige Solidaritätskundgebungen der Arbeiterverbrüderung mit dem Juniaufstand der Pariser Arbeiter im Jahr 1848.<sup>52</sup> Solche Fälle sind jedoch keinesfalls die Regel und ihre Bedeutung wurde von marxistischen Historikern zumeist übertrieben dargestellt.

Die Arbeiterverbrüderung wurde dann Anfang Juni 1850 gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen, was auch das Ende der Zeitung „Die Verbrüderung“ bedeutete.

## **2. Die Verbrüderung**

<sup>49</sup> das Rundschreiben ist abgedruckt in: Schlechte, Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, S. 338f.

<sup>50</sup> vgl. Dowe und Offermann, Deutsche Handwerker und Arbeiterkongresse, S. XV.

<sup>51</sup> vgl. Schlechte, Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, S. 60.

<sup>52</sup> vgl. Schlechte, Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung, S. 84.

### **a) Allgemeines:**

Die „Verbrüderung“ war die nichtbürgerliche Zeitung, die die größte überregionale Bedeutung hatte. Die erste Ausgabe erschien am 03. 10. 1848 und die letzte am 29. 06. 1850. Damit ist sie auch von bemerkenswert langer Erscheinungsdauer.

Die „Verbrüderung“ erschien zweimal in der Woche, jeweils Dienstags und Freitags, und kostete im Versand 15 Neugroschen und später nurmehr 10 Neugroschen. Damit war sie zumindest für alle Vereine und Lesegruppen erschwinglich. Die kaufmännische Betreuung übernahm der Buchhändler Ludwig Schreck und gedruckt wurde sie zunächst bei der Firma Brockhaus. Als dieser Verlag die Zeitung nicht mehr drucken wollte, übernahm ab dem 01. 01. 1849 eine Vereinsdruckerei, die ein genossenschaftliches Unternehmen leipziger Schriftsetzer war, den Druck. Die leitenden Männer dieser Zeitung waren in der Anfangsphase der Schriftsetzer Stephan Born, der als einziger bereits publizistische Erfahrung aufwies und schon Reisen in die Schweiz und nach Paris unternommen hatte, wo er mit Engels bekannt wurde, der Geometer Georg Schwenninger und der Schneidergeselle Georg Kick.

Als diese drei nach Verbannung, Denunziation und freiwilligem Ausscheiden nicht mehr tätig sein konnten, übernahmen Weller und Gangloff den größten Teil der Arbeiten, was sich auch auf die Radikalität der Artikel auswirkte.

Die „Verbrüderung“ umfaßte in ihrer ersten Phase pro Ausgabe jeweils vier Seiten. Später, als sie mit der Concordia, dem Blatt der deutschen Zigarrenarbeiter zusammengelegt wurde, manchmal sogar sechs bis zehn Seiten.

Die Zeitung war in verschiedene Rubriken aufgeteilt, die ich nun im folgenden nennen will. Neben einem allgemeinem Teil, der größtenteils politische Artikel, Berichte von Tagungen und Jahresabschlußberichte von Vereinen enthielt, gab es noch Abschnitte, in denen die „Fortschritte in der Organisation der Arbeiter“ dargestellt wurden. Darüberhinaus wurden Auslandsmeldungen, politische Lieder und Gedichte, Vereinsnachrichten und Anzeigen in ihr publiziert. Ihre Aufgabe war es ja auch gewesen, den einzelnen Vereinen als Newsbulletin zu dienen.

Eine der wichtigsten Beiträge der „Verbrüderung“ zur Vorantreibung des Fortschritts der Organisation der Arbeiter war die Publikation von Vereinsstatuten und dergleichen Formalien, die es bedurfte, um einen Verein zu gründen. Damit machte man die Arbeiter und Gesellen mit dem bürgerlichen Vereinswesen näher vertraut und erleichterte somit den Übergang von nichtbürgerlichen zu bürgerlichen Öffentlichkeitsformen. Desgleichen wurden Aufrufe und Petitionen abgedruckt, die die Leser zu politischen Aktionen wie z. B. Unterschriftensammlungen bewegen sollte.

### **b) Auszüge aus der „Verbrüderung“:**

Hier sollen nun im folgenden einige Beispiele dafür gegeben werden, daß auch in nichtbürgerlichen und noch sehr jungen Zeitungen politisch wohlfundierte Artikel geschrieben wurden,

die sowohl die politische Intelligenz der Schreiber aufzeigen als auch das Denken ihrer Leser stark beeinflußt haben dürften.

- Beispiel für die Sicht des Bildungs- und Kapitalbürgertums durch Weller in der „Verbrüderung“ Nr. 4 vom 13. Oktober 1848. Es beinhaltet die krasse Gegenüberstellung der Interessen der Bourgeoisie und der arbeitenden Klasse und die Rolle ersterer in der Revolution. Ihr wird vorgeworfen, sich nicht aktiv daran beteiligt zu haben, daraus aber alleine Nutzen gezogen zu haben:

**„Die Politik der Bourgeoisie.“**

*Aus einer achtmonatigen Erfahrung haben wir wohl Eins lernen müssen, was uns all der gerühmte Denkergeist unseres Volkes nicht erweisen konnte, daß die Bourgeoisie nur durch Unterdrückung des Arbeiterstandes ihre Existenz fristet, und daß von einer Versöhnung zweier Gegensätze nicht ferner die Rede ist. Wir werden dies an dem von der Bourgeoisie seit Februar beobachtetem Verfahren erläutern.*

*Die Revolution ließ in ihrem Sturm von einer Kaste keine Spur sehen, so tief hatten sich die Geldleute in den Sumpf geduckt, und ihre Beamten hatten ihr freches Maul auf einmal gezähmt. Die gewaltige Stimme eines siegenden Volkes flößte Respect ein. Wien und Berlin erlebten ihre ersten blutigen Heldentage. Als das Volk, welches alle Revolutionen gemacht, nachsehen wollte, welche Früchte ihm von der neuen Revolution zu Theil werden könnten, da packten die Geldmensen hastig die Grundsäulen des Bestehenden und schrien: Bis hierher und nicht weiter! Daraus kann das Volk lernen, daß es mit bloßem Zusehen nichts gewinnt, und daß es sich sein Recht erobern muß, wenn es überhaupt Rechte verlangt. Aber immer ließ es sich von einzelnen Klassen, welche sich gerade die Herrschaft erkämpften, vorreden, das Recht dieser Klassen sei auch das Recht des Arbeiters. An diesem Mißverständnis ging der directe Gewinn der arbeitenden, noch zu wenig bewußten Klassen für den Augenblick verloren. Es gilt das Versäumte nachzuholen.*

*[...] Das Volk wählte unter Anleitung der Bourgeoisie nicht die Männer seines Vertrauens (die ihm damals fehlten, weil ihm bisher alles öffentliche Leben gefehlt hatte), sondern die Vertreter der Bourgeoisie und glaubte nun blind genung, diese Leute würden das Interesse des Arbeiters, an das sie mit keiner Idee dachten, wahren und mit Nachdruck wahrnehmen. Wir haben gesehen, daß weder von den Einzelregierungen, noch von dem „Parlamente“ auch nur ein Schritt zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse versucht wurde. Wir müssen aber auch einsehen, daß die Bourgeoisie, welche jetzt regiert, nichts für die Arbeiter als Klasse, die ihr feindlich entgegensteht (was sie freilich noch zu vertuschen sucht), thun konnte, ohne aufzuhören Bourgeoisie zu sein.*

*Das Volk verlangte freie Ausübung der „Märzerrungenschaften“; doch die Bourgeoisie meinte, alle die politischen Rechte habe sie errungen: das Volk habe damit nichts zu schaffen, in den Händen des Volkes würden sie zur Anarchie etc. Die Bourgeoisie wandte also die alten ehemals (sobald sie von ihnen berührt worden) niederträchtigen Rechtsbegriffe gegen die Demokratie, die Sache des Volkes. [...].“*

- Kommentar zur Definition des Begriffes der Selbstständigkeit, der gleichzeitig das aktive Wahlrecht beinhaltet. Dabei werden die verschiedenen Auslegungen in den einzelnen deut-

schen Staaten bewertet und man kommt zu dem Schluß, daß es in Preußen am „gerechtesten“ definiert sei. Aus „Verbrüderung“ Nr. 24 vom 22. 12. 1848:

**„Wer ist selbstständig.“**

*Das Wahlrecht ist in Sachsen und neuerdings auch in Preußen von der Selbstständigkeit abhängig gemacht worden. Wie verschiedenartige Auslegungen das Wort „selbstständig“ erfahren kann, das lesen wir jetzt täglich in den Zeitungen, die uns Andeutungen über die vom Brandenburg-Manteuffel'schen Ministerium erwartete Erklärung dieses Wortes geben. In Sachsen ist nach Verfügung der Regierung derjenige selbstständig, der einen eigenen Heerd hat. Da dies bei Arbeitern größtenteils nicht der Fall ist, so sind sie also nicht selbstständig und nicht wahlfähig. Mit dem eigenen Heerd ist demnach das Staatsbürgerrecht verknüpft, der eigene Heerd erst macht dich zum Menschen; wer keinen eigenen Heerd hat, wird nicht gezählt, er ist Lump, besitzlos, eine Null für die Gesellschaft.*

*[...] Wenn es denn eine Auslegung des Wortes „selbstständig“ geben muß, so glauben wir, ist diejenige die richtige, daß Jedermann selbstständig ist, der sich selber ernährt, und demnach würden gerechterweise alle diejenigen von der Wahlliste gestrichen werden müssen, die sich ernähren lassen. Was für ein Entsetzen würde sich wohl gegen uns erheben, wie würde man es nennen, wenn wir verlangten, daß kein Rentier wahlberechtigt sein solle. Alle die Herren, welche von Zinsen leben, sind unselbstständig, sie werden durch die Arbeit anderer ernährt, sie leisten dem Staat gar keine Dienste, im Gegenteil, sie saugen ihn aus, sie sind die unersättlichsten Schmarotzer, aber unselbstständig, denn sie müßten mit ihrem Reichthum verhungern, wenn er nicht durch die Arbeit produktiv und der Consumption zugänglich gemacht würde.*

*[...] Wie wir jetzt erfahren, ist das als freisinnig verschrieene sächsische Ministerium von dem preußischen, so allgemeinen verrufenen, an Liberalismus übertroffen worden. Die Herren Brandenburg-Manteuffel haben es für gut befunden, das Wort „selbstständig“ nicht zum Schaden der Arbeiter auszulegen, denselben vielmehr das Wahlrecht zu gestatten. Nur derjenige ist nicht wahlberechtigt, „von dem es feststeht, daß er sich zur Zeit der Wahl nicht in der Lage befindet, über seine Person und sein Eigentum zu verfügen“. Die preußischen Minister überlassen es der Nationalversammlung, den Begriff der politischen Selbstständigkeit zur Zeit scharf und gesetzlich abzugrenzen. Wirken wir darauf hin, daß das Wort „selbstständig“ aus allen Wahlgesetzen gestrichen werde.“*

- Beispiel für einen Aufruf zur Erstellung einer Petition, die als Reaktion auf den in der Paulskirche gemachten Vorschlag, Arbeiter und Gesellen vom Wahlrecht auszuschließen, erstellt wurde. Aus „Verbrüderung“ Nr. 40 vom 16. 02. 1849:

*„[...] Vertreter des Volkes!*

*[...] Man hat Ihnen vorgeschlagen, den größeren Theil des Volkes von der Wahlberechtigung auszuschließen; wir wollen nicht glauben, daß sie zu einem solchen Vorschlag ihre Zustimmung geben werden. [...] Sie sind durch allgemeine Wahlen zu den Vertretern des deutschen Volkes ernannt worden, Sie hätten ihre Mandate nicht annehmen dürfen, wenn sie Ihren Wählern, die allen Klassen des Volkes angehören, das Recht versagen könnten, sich vertreten zu lassen; indem sie ihre Wahl annahmen, erkannten sie die Berechtigung der Wähler an und darum dürfen sie unmöglich einen Theil des Volkes zurücksetzen und vom Wahlrecht ausschließen.“*

- Beispiel für die kritische Bewertung des preußischen Staatshaushalts und der Verwendung der Steuergelder in der „Verbrüderung“ Nr. 2 vom 04. 01. 1850. Zugleich wird eine heftige Kritik an der preußischen Politik dieser Jahre geübt, was auch an die Haushaltsdebatten unserer Zeit erinnert:

**„Preußens Finanzzustände.**

[Es folgt eine recht genaue Darstellung des Staatshaushalts und der Manipulationen, die getätigt wurden, um die rasch wachsende Staatsverschuldung zur Deckung zu bringen].

*Preußens Staatsschulden also sind seit 1848 um 46 Mill. Thlr. vermehrt, alle vorhandenen Hülfsmittel sind erschöpft, neue außerordentliche Ausgaben in Aussicht. - und was ist für das alles geleistet?*

*Dafür hat Preußen zwei Sommer hindurch mit Dänemark Krieg gespielt, haben die Dänen ungestraft den preußischen Handel vernichtet. Dafür hat Preußen die von Deutschland ihm gebotene Kaiserkrone ausgeschlagen, in Sachsen und Baden den Bürgerkrieg erst entzündet und dann zu Deutschlands größerer Ehre ihn mit deutschem und preußischem Blut gelöscht. Dafür ist Berlin, ist Köln, Düsseldorf, Breslau, Posen, Erfurt, monatelang von preußischen Truppen belagert worden, dafür sind alle Staatsbanken ins Stocken gerathen, ist von alledem, was man dem Volke im März 1848 zu versprechen für gut fand, so gut als Gar nichts gehalten. [...].“*

## **IV. Weiterführende Überlegungen**

„Je weniger Öffentlichkeit, desto verbrecherischer das Staatsgewissen.“<sup>53</sup> Mit diesem Zitat ist eine wichtige Funktion von Öffentlichkeit, nämlich die der Kontrolle der Exekutive eines Staates, glänzend umschrieben. Heutzutage ist es ein Recht der Öffentlichkeit, über die Taten der Regierung informiert zu werden und darüber zu urteilen.

Dies wäre jedoch nur uneingeschränkt möglich, wenn die Öffentlichkeit in klarer Weise von der Exekutive getrennt wäre. Dies kann aber in unserer Gesellschaft niemals der Fall sein, da die Exekutive ja ebenfalls von einer Gruppe von Menschen geleitet wird, die aus der Öffentlichkeit kommen und diese auch in großem Maße beeinflussen.

Diese Verflechtung von Kontrollinstrument und zu Kontrollierendem, die wir heute vorfinden, war in dieser Ausprägung im den Staaten des deutschen Vormärz nicht gegeben. Damals stand der Staat noch eher der Gesellschaft gegenüber als daß er von ihr beherrscht wurde, wenn auch das Bildungsbürgertum immer weiter in die Säle der Macht vorstieß.

Nachteilig war dabei, daß der Einfluß der Öffentlichkeit, und somit die Möglichkeit zur Kontrolle, auf den Staat noch relativ gering war. Deswegen kam es auch zu vielen politischen Handlungen durch den Staat, die nicht im Interesse der Öffentlichkeit, sondern nur im Interesse des Staates lagen.

---

<sup>53</sup> „Verbrüderung“ Nr. 81 vom 10. 07. 1849 aus der Rubrik: „Lese Früchte“.

Der Vorteil lag aber darin, daß die Öffentlichkeit, repräsentiert durch das Bürgertum oder Nichtbürgerliche, noch erheblich kritischer sein konnten. Die Distanz ermöglichte eine objektivere Betrachtungsweise, die heute in diesem Ausmaß nicht mehr gegeben ist.

Abschließend möchte ich daher noch die Frage in den Raum stellen, ob es in unserem demokratischen Staat nicht genauso eine herrschende Klasse geben könnte, die alle Fäden in der Hand hält. Sie ginge dann dabei nur wesentlich geschickter vor, indem sie sich auch der Öffentlichkeit bemächtigte und somit gar nicht der Eindruck entstehen kann, daß es eine herrschende Klasse gibt. Dann bräuchten wir wieder eine Öffentlichkeit, die der etablierten Öffentlichkeit gegenübersteht und, mit uns vielleicht unkonventionell erscheinenden Mitteln, versucht, Systemfehler zu erkennen und zu korrigieren.

# V. Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Verwendete Quellen:

Dowe, Dieter und Toni Offermann. Deutsche Handwerker und Arbeiterkongresse. Berlin/Bonn: 1983.

Schlechte, Horst. Die allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung. Weimar: 1979.

Weber, Rolf (Hg.). Die Verbrüderung. Leipzig: 1848-50 (Nd. Leipzig: 1975).

## 2. Verwendete Literatur:

Ahn, Byung-Jik. Handwerkstradition und Klassenbildung. Bielefeld: 1991.

Becker, Gerhard. „Neues über die Gründung der Arbeiterverbrüderung“. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 36 (1988), S. 703-28.

Bergmann, Jürgen. „Das Handwerk in der Revolution von 1848“. in: Engelhardt, Ulrich (Hg.). Handwerker in der Industrialisierung. Stuttgart: 1984, S. 320-46.

Blasius, Dirk. „Sozialprotest und Sozialkriminalität in Deutschland“. in: Volkmann, Heinrich (Hg.). Sozialer Protest. Opladen: 1984, S. 212-227.

Blessing, Werner K. „Theuerungsexcesse im vorrevolutionären Kontext“. in Conze, Werner und Ulrich Engelhardt. Arbeiterexistenz im 19. Jhdt. Stuttgart: 1981, S. 356-84.

Bock, Helmut. „Deutsche Klassenkämpfe zur Zeit der französischen Julirevolution“. Jahrbuch für Volkskunde und Kulturgeschichte 17 (1974), S. 40-106.

Bouvier, Beatrix W. „Die Anfänge der sozialistischen Bewegung“. in Reinalter, Helmut. Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa. Frankfurt (Main): 1986, S. 265-304.

Büttner, Wolfgang. Der Weberaufstand im Eulengebirge 1844. Berlin (Ost): 1982.

Engelhardt, Ulrich. „Arbeitskämpfe als Instrument der Lageverbesserung?“ in: Conze, Werner und Ulrich Engelhardt. Arbeiterexistenz im 19. Jhdt. Stuttgart: 1981, S. 385-409.

Engelsing, Rolf. „Zur politischen Bildung der Unterschichten". in: Ders. (Hg.). Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten. Göttingen: 1978, S. 155-79.

Fenske, Hans. „Politischer und sozialer Protest in Süddeutschland": in: Reinalter, Helmut. Demokratische und soziale Bewegungen in Mitteleuropa. Frankfurt (Main): 1986, S. 143-201.

Gailus, Manfred. Straße und Brot. Göttingen: 1990.

Hamerow, Theodore S. „The German Artisan Movement". Journal of Central European Affairs 21 (1961), S. 135-52.

Haupt, Heinz G. „Zur historischen Analyse von Gewalt". in: Gesellschaft und Geschichte III (1977), S. 236-56.

Herzig, Arno. „Die Lasalle Feiern in der politischen Festkultur der frühen deutschen Arbeiterbewegung". in: Düding, Dieter (Hg.). Öffentliche Festkultur. Hamburg: 1988, S. 321-333.

Herzig, Arno. „Die Reaktion der Unterschichten auf den technologischen Wandel". Archiv für Sozialgeschichte 28 (1988), S. 1-26.

Herzig, Arno. „Politische und soziale Vorstellungen Hamburger Handwerker". in: Engelhardt, Ulrich. Handwerker in der Industrialisierung. Stuttgart: 1984, S. 294-319.

Herzig, Arno. „Vom sozialen Protest zur Arbeiterbewegung". in: Volkmann, Heinrich. Sozialer Protest. Opladen: 1984, S. 253-80.

Husung, Hans G. „Probleme der Protestforschung". in: Volkmann, Heinrich. Sozialer Protest. Opladen: 1984, S. 21-35.

Kaschuba, Wolfgang. „Vom Gesellenkampf zum sozialen Protest in den Vormärz- und Revolutionsjahren". in: Engelhardt, Ulrich. Handwerker in der Industrialisierung. Stuttgart: 1984, S. 381-406.

Kaschuba, Wolfgang und Carola Lipp. „Revolutionskultur 1848". Zeitschrift für WLB 39 (1980), S. 141-64.

Langewiesche, Dieter. „Deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution und Reichsgründung". in: Storm, Claus-Dieter. Verfolgt und Geächtet: Handwerker zwischen Liberalismus und Kommunismus. Hamburg: 1980, S. I-XXV.

Langewiesche, Dieter. „Die deutsche Revolution von 1848". Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 331-443.

Lipp, Carola. „Württembergische Handwerker und Handwerksvereine im Vormärz". in: Engelhardt, Ulrich. Handwerker in der Industrialisierung. Stuttgart: 1984, S. 347-80.

Lüdtke, Alf. „Protest: Faszination des Spektakulären". in: Volkmann, Heinrich. Sozialer Protest. Opladen: 1984, S. 325-41.

Mooser, Josef. „Religion und sozialer Protest". in: Volkmann, Heinrich. Sozialer Protest. Opladen 1984, S. 304-24.

Parisius, Bernhard. „'Daß die liebe alte Vorzeit wo möglich wieder hergestellt werde' ". in: Volkmann, Heinrich. Sozialer Protest. Opladen: 1984, S. 198-211.

Puls, Detlev (Hg.). Wahrnehmungsformen und Protestverhalten. Frankfurt (Main): 1979.

Scharfe, Martin. „'Die Erwartung, daß nun alles frey sei...' ". in: Das Recht der kleinen Leute. Festschrift für Karl-Sigismund Kramer. Berlin: 1976, S. 179-94.

Siemann, Wolfram. Die deutsche Revolution von 1848/49. Frankfurt (Main): 1985.

Siemann, Wolfram. „Soziale Protestbewegungen". in: Reinalter, Helmut. Demokratische und soziale Protestbewegungen in Mitteleuropa. Frankfurt: 1986, S. 305-26.

Simon, Manfred. Handwerk in Krise und Umbruch. Köln: 1983.

Storm, Claus-Dieter. Verfolgt und Geächtet: Handwerker zwischen Liberalismus und Kommunismus. Hamburg: 1980.

Tenfelde, Klaus und Heinrich Volkmann. „Zur Geschichte des Streiks in Deutschland". in: Dies. (Hg.). Streik. München: 1981, S. 9-30.

Tilly, Charles. „Hauptformen kollektiver Aktion in Mitteleuropa". Gesellschaft und Geschichte III (1977), S. 153-63.

Volkmann, Heinrich. „Kategorien des sozialen Protests im Vormärz". Gesellschaft und Geschichte III (1977), S. 164-189.

Wirtz, Reiner. „Zur Logik plebejischer und bürgerlicher Aufstandsbewegungen". Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 8 (1979), S. 83-88.